

Krafauer Zeitung.

Freitag den 24. November

1864.

Nr. 271.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Anzeigblatt für die viergeschwistere Zeitung 5 Mtr., im Anzeigblatt für die erste Einrichtung 5 Mtr., für jede weitere 3 Mtr. — Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mtr. — Inserat-Bestellungen und Säder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krafa 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 30 Mtr., einzelne Nummern 5 Mtr.

Redaktion, Administration und Expedition: Krafa-Gasse Nr. 107.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. November d. J. allergründigst zu gestatten gestattet, daß dem Landesgerichtsrath bei dem Kreisgerichte in Gatzaro, Anton Goron, aus Anlaß seiner Übernahme in den bleibenden Aufstand die Allerhöchste Zufridetheit mit seiner vieljährigen treuen und ehrwürdlichen Dienstleistung bekanntgegeben werde.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. November d. J. die Lehrlanze des civilen Verfahrens und des Handels- und Wechslerrechts an der Universität in Lemberg dem ordentlichen Professor des canonischen Rechtes daselbst, Dr. Eugen Ritter v. Mor zu Mohrberg und Sunegg, allergründigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafaau, 25. November.

Aus Berlin liegen heute zwei wichtige Nachrichten vor. Die ministerielle „Prov. Corresp.“ sagt mit Bezug auf die Herzogthümerfrage: Die deutschen Großmächte müssen von Deutschland das Vertrauen beanspruchen, daß die schleswig-holsteinische Sache von ihnen genauso dem Rechte und Interesse Deutschlands durchgeführt werde. Die preußische Regierung hält eine weitere Besetzung Holsteins durch Bundesstruppen unter keinem Vorwand für zulässig. Um deren baldige Zurückziehung zu bewirken, werden zuvörderst die bundesgeleich vorgeschriebenen Begehungen einzuschlagen sein. Hierüber sind neuerdings Verhandlungen mit Österreich eingeleitet, welche eine baldige Übereinstimmung hoffen lassen. Die österreichische Erwiderung auf die preußischen Vorschläge ist noch nicht eingetroffen. Die möglichst schleunige Prüfung der Erbansprüche ist unverzüglich herbeizuführen.

Die „Berliner Abendzeitung“, welche in den Besitz einer Gesellschaft von Altliberalen übergeht (die Börse), schreibt: „in den Besitz eines höheren preußischen Beamten“, schreibt: Wenn Österreichs Antwort auf Preußens Antrag, die Executionstruppen aus Holstein zurückzuziehen, ausweichend ausfällt, so werde

Gr. v. Bismarck verlangen, Preußen allein gewähren zu lassen. Österreich werde dann aus vielerlei Rücksichten keinen Widerstand entgegensetzen. Dann müsse Preußen sich selbst helfen. Herr von Bismarck habe diese Eventualität scharf ins Auge gesetzt und werde sicher seine Maßregeln treffen.

Dem Vernehmen nach sind diejenigen Bundesregierungen, welche einen gegen die bisher dem Anschein nach von Preußen in der Herzogthümerfrage vertretenen Ansichten gerichteten Antrag am Bunde vorbereitet, in vertraulicher Weise erachtet worden, diesen Antrag, weil denselben unter den gegebenen Umständen leicht eine verbitternd demonstrative Bedeutung beigelegt werden könnte, um so eher fallen zu lassen, als nach Lage der desfalls gepflogenen Verhandlungen das Zustandekommen eines aus der gemeinsamen Initiative der beiden Großmächte hervor gegangenen Antrages im Sinne der vollen Wahrung der Mitwirkung des Bundes bereits als prinzipiell gesichert erscheine.

Die Rendsburger Angelegenheit, schreibt die „N. P. Z.“, scheint erledigt zu sein und zwar auf dem Wege, den die preußische Regierung vor Hause aus als den richtigen bezeichnet hat. Die preußische Regierung hat nämlich jederzeit erkannt, daß, wie sie die Bundesstruppen nicht aufgefordert, auszumarschiren, habe sie auch keine Veranlassung, um sich zu entscheiden, ob sie reformieren oder mit untergeschlagenen Armen ihrem Schicksal in Betreff der wettlichen Seite des Papstthums entgegenzugehen wolle. Mit Hannover ist seit Monaten ein Einverständnis vorhanden, und nur mit dem sächsischen vorhanden gewesen, und nur mit dem sächsischen vorhanden war ein solches nicht zu erzielen, da es Commando war eine Einsetzung von Gouverneurengesprächen — eine Einsetzung von Gouverneuren oder Commandanturen von Seiten des Bundes — erhob. Solcherlei Ansprüche ließen jedes Abkommen scheitern. Nachdem schließlich aber auch Sachsen mit der Einrichtung sich einverstanden erklärte, daß die im Monat Juli aus Neuwerk (Rendsburg) gerückten Hannoveraner dasselbe wieder besetzen sollten, war die Verständigung leicht. Es versteht sich übrigens, daß durch dieses Abkommen keine neuen Rechte erworben sind; dasselbe hat nur die Bestimmung, die Verhältnisse für die Zeit zu regeln, welche versieht, bis der rechtlich hinfällige Apparat der Execution auch formell zurückgezogen sein wird. Hierzu wird zunächst erforderlich sein, daß Preußen und Österreich das Friedensinstrument in amtlicher Ausführung den beiden andern mit der Execution beauftragten Regierungen mittheilen und ihre Anträge daran knüpfen.

Kurz nach der Ernennung des Grafen Mensdorff sind, wie die „Const. Österr. Ztg.“ berichtet, an den mittelstaatlichen Höfen von Seite des kaiser-

lichen Cabinets Erklärungen abgegeben worden, die geeignet sind, alle jene Besorgnisse zu zerstreuen, welche noch vor kurzem verbreitet waren, daß die preußisch-österreichische Allianz Zwecke verfolge, welche mit den Rechten des Bundes nicht im Einklang stehende, und deren Durchführung die Beiseiteziehung dieser letzten bedinge.

In Sachsen Schleswig-Holsteins hat die geschäftsleitende Commission des Sechszunddreißigers-Ausschusses unterm 15. d. ein Circular versandt, in welchem die Mitglieder deutscher Landes-Vertretungen unter Hinweis auf die Beschlüsse der Abgeordneten-Versammlung vom 21. December v. J. ermahnt werden, auf unverzügliche Einberufung der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung zu dringen, damit deren Zustimmung zu dem Friedensvertrage eingeholt und die Verhältnisse der Herzogthümer lediglich nach Maßgabe des Rechtes in der Selbstbestimmung des schleswig-holsteinischen Volkes geordnet werden.

„Dagbladet“ tadelte die drei königlichen offenen Briefe. „In dem Augenblicke, in welchem die drei deutschen Herzogthümer von Dänemark losgerissen worden, in welchem die Treue gegen das frühere Vaterland sich zu einem Verbrechen gestalte und namentlich die dänischen Schleswiger einer nationalen Unterjochung überliefert werden (2), Klinge der Wunsch des Thrones, daß es Euch im Laufe der Zeit stets wohlgeragen möge“, höchst dürtig. Die verantwortlichen Hände der Krone hätten in einem so bedeutungsvollen Augenblicke einen würdigeren und kräftigeren Ausdruck für den Abschiedsgruß des Königs an eine Million Untertanen finden müssen. Andererseits wäre in dem Trostworte an das Dänenvolk die Anerkennung der Notwendigkeit, die in dem Grundgesetz vom 5. Juni 1849 gegebene bürgerliche Freiheit zu befestigen, am Platze gewesen, da nur so der dänische Volksgeist auf eine würdige Zukunft vorbereitet werden könnte.

Die Nachricht der „Independance“ von einer Verhandlung bezüglich der Garantirung Benediks, dessen Einbeziehung in den deutschen Bund u. dgl. zwischen Österreich und Preußen ist, wie sich jetzt herausstellt, nur ein Fühler gewesen.

Nach Angabe eines Pariser Corr. der „N. P. Z.“ ist die mehr erwähnte Berichtigung der „Patrie“ gegen den „Constitutionnel“ voll von Unrichtigkeiten in der Reihefolge der Drouyn'schen Despeschen, die noch in Petto sind, also gerade in dem Punkte, auf den es ankommt: daß Rundschreiben an die französischen Agenten an den fremden Höfen über den September-Vertrag (Nummer 2 in der Reihefolge der „Patrie“) ist älter als die Despeche Drouyn's an Malaret (Nummer 1 in der „Patrie“) und diese ist älter als die französische Note vom 30. October, die im Moniteur veröffentlicht wurde und deren Fassung den General Lamarmora veranlaßte, durch Rigua Auflärungen zu verlangen, die dann in der bekannten Konferenz beim Kaiser gegeben wurden; auch die Despeche (Nummer 3 der Patrie) kann nicht das Datum vom 7. Novbr. tragen, da sie die Antwort auf die Despeche Lamarmora's vom 7. Nov. ist. Es stellt sich also heraus, daß die im Köcher steckenden Pfeile des französischen Ministers des Auswärtigen überwundenen Standpunkten oder längst belegten Zwischenfällen angehören, während der Zweck der Convention ist und bleibt, daß der römischen Curie es verbrieft und besiegt eingeschändigt wird, sie habe noch zwei Jahre Bedenken, um sich zu entscheiden, ob sie reformieren oder mit untergeschlagenen Armen ihrem Schicksal in Betreff der

weltlichen Seite des Papstthums entgegenzugehen wolle.

In Bezug auf die römisch-angelegene heitere heißt es am Schlusse einer Pariser Correspondenz in der „Times“: „Ich darf befügen, daß die bisher nur geduldete Sammlung der Peterspfeile künftig von der französischen Regierung anerkannt, organisiert und regelmäßig geleitet werden wird;

daz die Werbungen für die päpstliche Armee in Frankreich öffentlich und ohne Hindernis von Seiten der Regierung stattfinden, und daß die französischen Offiziere, die in den Kriegsdienst des Papstes zu treten wünschen, die Erlaubnis dazu erhalten werden. Neben dies, wenn die spanische Regierung sich erboten sollte, nach dem Abzuge der Franzosen Rom zu befreien, so ist es nicht wahrscheinlich, daß der Kaiser Napoleon einen ernsten Einwand dagegen erheben würde.“

Der geistreiche Abbé Margotto in Rom hat in der „Unità cattolica“ einen ausgezeichneten Artikel veröffentlicht, betitelt „Il gran vermo della Convenzione“. (Ein Beiname, den Dante in seinem großen Gedicht dem Höllen Hund Cerberus gibt.) Nach Abbé Margotto hat dieses Ungeheuer drei verschiedene Köpfe, mit denen er ganz verschieden belst. Der eine

Kopf ist in Rom und heißt Sartiges, der andere aber in Paris heißt Lamarmora, der dritte in der Einführung in der That gewährt werden können. In dieser Conferenz schreibt derselbe, wird es sich endlich zeigen müssen, ob von beiden Seiten diejenigen Zugeständnisse in der That gewährt werden können, welche die Vorbereitung zum Abschluß eines neuen Februarvertrages sind. Ob es gelingt,

über alle jene wichtigen materiellen Fragen, die in Prag zwar zur Sprache kamen, aber dort noch nicht definitiv erledigt wurden, sich zu beiderseitiger Zufriedenheit zu einigen? Der Hauptpunkt bleibt immer der: ob, Angesichts des Art. 31 des Vertrages mit Frankreich, überhaupt noch Zwischenfälle bestehen können, das heißt Begünstigungen Österreichs gegen das Ausland; ob der Zollverein Frankreich erklären wird,

dass Österreich, als Mitglied des deutschen Bundes, von ihm, dem Zollverein, nicht, als Ausland betrachtet, also auch nicht zu jenen im Art. 31 bezeichneten Staaten gerechnet werde, denen keine Zoll-Begünstigungen vor Frankreich zugestanden werden dürfen. Wenn auf der neuen Conferenz eine Erklärung in diesem Sinne von Seiten der Zollvereins-Staaten zu Gunsten Österreichs nicht zu Stande kommen sollte, so würden die neuen Verabredungen sich auf bloße Verkehrsleichterungen beschränken müssen, zu denen es eigentlich keines förmlichen Vertrages bedarf. Unter solchen Umständen ist man im befreiigten Publicum sehr gespannt darauf, wie Preußen seinen Verträgen nachzukommen gedacht, das es im Art. 7 des neuen Zollverein-Vertrages seinen Mitconventionären geleistet hat, dem Vertragen nämlich: „das Vertragsverhältnis zwischen dem Zollvereine und Österreich zu erhalten und weiter auszubilden.“

Es ist klar, daß Gegenstand eines solchen Vertrages nicht der Fall. Die Nachrichten, welche das Cabinet der Tuilerien vor einigen Tagen erhalten haben, laufen dahin, daß die brasilianische Regierung eine Unterforschung veranlaßt habe, und daß sie sich vorbehalte, die diesseitige und die englische Regierung von dem Resultat derselben in Kenntniß zu setzen. (Der nordamerikanische Landesteil in Rio de Janeiro hat, wie wir schon meldeten, das Verfahren des nordamerikanischen Kreuzers entschieden gemäßigt.)

In Paris hat die Nachricht von der Wiederwahl des Präsidenten Lincoln zwar nicht überrascht, aber doch mit Besorgnissen für die Zukunft erfüllt. Es ist in der That nicht abzusehen, daß es zu einer Einstellung der Feindseligkeiten in Nord-Amerika kommen wird. In hiesigen offiziellen Kreisen ist man übrigens der Ansicht, daß der Krieg von jetzt an auch formell aufgehört habe, ein innerer Krieg zu sein, weil durch das Ende der gegenwärtigen Präsidentschaft, an deren Wahl sich der Süden noch beteiligt hatte, das lebte Band zwischen diesem und dem Norden zerrissen sei. Der Krieg sei demnach jetzt ein internationaler. Dann aber, meint man, wäre es nur consequent von Frankreich, wenn es die Regierung der Südkonföderirten anerkenne. Es heißt, die serbische Regierung habe, um ihre Loyalität noch besser zu beweisen und jede Solidarität mit dem kriegerischen Aufruhr des Fürsten von Montenegro abzulehnen, an die Waffenfabriken und Kriegsmaterialdepots zu Kragujevac, wo sich die Montenegriner in neuester Zeit den Bedarf an Waffen und Munition gegen ein billiges Geld oder auch umsonst zu holen pflegen, die strenge Ordre ergeben lassen, von nun an an die Montenegriner nichts auszuholzen. Auch das Verhältnis zur hohen Pforte hat den Charakter ganz besonderer Herzlichkeit angenommen. (S. u. Montenegro).

Bezüglich der spanisch-peruanischen Differenz wurden Stimmen in der Presse laut, welche die Unabhängigkeit Spaniens dieser Frage gegenüber englischen Einflüssen zuschreiben wollten. Die Correspondenz antwortet darauf, daß Spanien auf fremde Interessen niemals Rücksicht nehmen werde, sobald es gelte, die Ehre der spanischen Flagge und die nationalen Interessen zu verteidigen.

Die letzten Berichte aus Neuseeland gehen bis zum 17. Sept., sind aber nicht von besonderer Wichtigkeit. Es geht jedoch aus denselben hervor, daß die Rebellen sich in letzter Zeit an mehreren Plätzen stark festgesetzt haben und daß die meisten Stämme noch durchaus nicht an eine Unterwerfung zu denken scheinen.

Unter den Nachrichten der Newyorker Post vom 10. d. befindet sich auch die, daß nach einem bis jetzt unverbürgten Gerücht ein Mordversuch auf eine hohe Dame in Mexico gemacht wurde. Allem Anschein nach haben wir es hier mit einer tendenziösen Erfüllung zu thun.

Die neue Zollkonferenz zwischen Preußen, Bayern, Sachsen wird wie ein Wiener Correspondent der „N. P. Z.“ meldet, einerseits und Dänemark ande-

rerseits in Prag oder in Berlin, wie kaum zu bezweifeln, schon innerhalb acht Tagen eröffnet werden können. In dieser Conferenz schreibt derselbe, wird es sich endlich zeigen müssen, ob von beiden Seiten diejenigen Zugeständnisse in der That gewährt werden können, welche die Vorbereitung zum Abschluß eines neuen Februarvertrages sind. Ob es gelingt, über alle jene wichtigen materiellen Fragen, die in Prag zwar zur Sprache kamen, aber dort noch nicht definitiv erledigt wurden, sich zu beiderseitiger Zufriedenheit zu einigen? Der Hauptpunkt bleibt immer der: ob, Angesichts des Art. 31 des Vertrages mit Frankreich, überhaupt noch Zwischenfälle bestehen können, das heißt Begünstigungen Österreichs gegen das Ausland; ob der Zollverein Frankreich erklären wird, dass Österreich, als Mitglied des deutschen Bundes, von ihm, dem Zollverein, nicht, als Ausland betrachtet, also auch nicht zu jenen im Art. 31 bezeichneten Staaten gerechnet werde, denen keine Zoll-Begünstigungen vor Frankreich zugestanden werden dürfen. Wenn auf der neuen Conferenz eine Erklärung in diesem Sinne von Seiten der Zollvereins-Staaten zu Gunsten Österreichs nicht zu Stande kommen sollte, so würden die neuen Verabredungen sich auf bloße Verkehrsleichterungen beschränken müssen, zu denen es eigentlich keines förmlichen Vertrages bedarf. Unter solchen Umständen ist man im befreiigten Publicum sehr gespannt darauf, wie Preußen seinen Verträgen nachzukommen gedacht, das es im Art. 7 des neuen Zollverein-Vertrages seinen Mitconventionären geleistet hat, dem Vertragen nämlich: „das Vertragsverhältnis zwischen dem Zollvereine und Österreich zu erhalten und weiter auszubilden.“

In unseren handelspolitischen Kreisen, schreibt ein Pariser Corr. des „Botchestr.“, herrscht eine sehr lebhafte Thätigkeit, die sich nicht blos auf die Durchführung des preußisch-französischen Handelsvertrages, sondern auch auf die künftigen handelspolitischen Verhältnisse zu Österreich bezieht, denn man würde es hier gern sehen, wenn zu derselben Zeit, wo Österreich in ein neues Handelsvertragsverhältnis zu dem rekonstruierten Zollvereine treten wird, es auch in ein neues Handelsvertragsverhältnis zu uns trate, und daß dieses auch auf Italien ausgedehnt werde, was den Anfang zur Anknüpfung neuer Beziehungen des letzteren zu Österreich bilden könnte, ein Punct, der eben jetzt Gegenstand eines Meinungs austausches zwischen hier und Turin ist. Was unser künftiges Handelsvertragsverhältnis zu Österreich betrifft, so hält man an dem Streben, nur conforme Handelsverträge einzugeben, fest, und möchte es gern sehen, wenn der französisch-englische Handelsvertrag als Muster acceptirt würde, was allerdings Österreich gegenüber schwer halten wird.

† Krafaau, 25. November.

Am 19. d. wurde anlässlich des Namensfestes ihrer Majestät der Kaiserin Elisabeth in der Pfarrkirche zu Bochnia ein feierlicher Gottesdienst unter Mitwirkung der Musik-Capellen des dort stationirten Husaren-Regiments und der Bergtruppen abgehalten. Diesem Gottesdienste wohnten sämmtliche L. L. Beamte, das L. L. Officiercorps, die Schuljugend, der Magistrat und viele Personen bei und wurde am Schlusse derselben die Volkshymne gesungen.

Dem Protocoll der Sitzung der Krafauer Ge-

urtheilt. Nach Abschluß des Friedens hat die „Weltzeitung“ diesen Vorfall wieder in Anregung gebracht und die Frage aufgestellt, ob denn die preußische Regierung zur Erleichterung des Schicksals dieser unglücklichen Nichts thun werde. In Folge dessen sind Recherchen angestellt worden. Dabei hat sich nun herausgestellt, daß kein einziger der Verhafteten sich herausgestellt, daß kein einziger der Verhafteten sich mehr in dänischer Gefangenschaft befindet. Der Schiffsoch war der letzte, welcher sich noch vor einiger Zeit in Haft befand, aber auch dieser hat einen Fluchtversuch gemacht, der ihm vollkommen gelungen ist.

Nach einem Münchener Schreiben der „NPB“ sind die Verhandlungen mit dem Bundestagsgesandten Th. v. d. Pfordten, wegen Übernahme der erledigten Ministerien, noch nicht abgeschlossen. Einige Zeit ruhten auf einer Seite allerdings die Kundgebungen, aber, wie es scheint, nur deshalb, um durch gründliche Erwägungen die ganze Angelegenheit zum endgültigen Entschluß reifen zu lassen. Dieses Stadion dürfte bald erreicht sein.

Als Curiosum sei folgende Nachricht der deutschen „Weltzeitung“ aus Coburg mitgetheilt: Der „Deutsche Offiziertag“ (!) hat vor einiger Zeit seine erste regelmäßige General-Versammlung gehalten. Er hat u. A. eine Unterstützungscaisse für deutsche Offiziere angelegt, welche in Folge ihres Wirkens für die Zwecke des Offiziertags in ihrer Existenz geschädigt werden.

Seine Majestät der König von Preußen ist nach Minden abgereist, wo heute die Besichtigung der heimkehrenden Truppen stattfindet.

Zum Oberbefehlshaber der neuen Besatzung der Herzogthümer ist der preußische General Herwarth von Bittenfeld ernannt.

Die in Stettin eingehenden dänischen Kriegstrophäen sind, wie die „Königl. Zeit.“ als interessantes Factum bezeichnet, steuerpflichtig und müssen nach dem Zolltarif Einkangssteuer bezahlen.

Der Berliner Polen-Prozeß. In den Sitzungen vom 22. und 23. d. wurden die Plaidoires in Betreff der einzelnen Angeklagten fortgesetzt. Die Staatsanwaltschaft beantragt der Reichenfolge nach gegen die Angeklagten Büchsmacher Hoffmann und Handelsmann Ohnstein das Nichtschuldig, ebenso gegen die Kaufleute Oberfeld und v. Kaniowski und gegen den Zeichnerlehrer Baroczyński; gegen den Angell Napoleon v. Mański (Client des Prof. Gneist) 10 Jahre Buchthaus, gegen den Schneider Matuszewski 6 Jahre Buchthaus und gegen den Prinzen (Roman) Czartoryski ebenfalls 6 Jahre Buchthaus und Stellung unter polizeiliche Aufsicht auf gleiche Dauer; gegen den Prinzen Radziwill das Nichtschuldig.

Frankreich.

Paris, 22. November. Die verschiedenen Fraktionen der Anhänger der weltlichen Gewalt des Papstthums haben in letzter Zeit lebhafte Verhandlungen unter einander geflogen, um sich über die Haltung im Senat und gesetzgebenden Körper zu verständigen und im Einvernehmen mit den Schritten der römischen Curie vorzugehen. Eine solche Conferenz fand, wie einem belgischen Blatt von hier berichtet wird, bei dem Grafen Montalembert in La Roche-en-Breuil an der Côte d'Or statt, wozu außer dem päpstlichen Waffenminister, Mgr. de Merode, und den französischen Koryphäen dieser Richtung sich auch der Frei-Pope Hennessy, bekannt aus dem polnischen Aufstand, eingefunden hatte. — Es fand heute im Hotel des Auswärtigen eine Zusammenkunft der französischen Commissare für den schweizerisch-französischen Handelsvertrag und des schweizerischen Gesandten Dr. Kern statt, um gewisse auf die Seiden-Fabrication bedüchtlichen Punkte dieses Handelsvertrags zu regeln. — Der seitherige französische Gesandte in Madrid, Herr Barrot, wird heute oder morgen hier in Paris erwartet, um sich bleibend auf seinem Senatorsthron niederzulassen.

Wie es heißt, hat das französische Cabinet, auf

Antrag des merikanischen, eine Emigrationsgesellschaft für Mexico in Paris gestattet.

Der „Moniteur“ (Abendausgabe) vom 23. Nov.

meldet: General Vassuff empfing in Bagdad die Unterwerfung der Tribus seiner Division und sollte sich

am 19. mit General Deligny vereinigen.

Der „Constitutionnel“ enthält einen von Boniface unterzeichneten Artikel, welcher sagt: Wir wissen, daß der Kaiser dem Duc Persigny sein Bedauern darüber fundgegeben habe, daß dieser in seinem Schreiben an Girardin das Verlangen angedeutet habe, in der Pressegegebung Modificationen eingeführt zu sehen.

Schweiz.

Der Prozeß Denime-Trümpt hat ein schreckliches Ende genommen. Etwa Näheres über dieses ergriffende Drama bringt das Berner Intelligenzblatt. In demselben liest man: „In den letzten Tagen circulirten in hiesiger Stadt Gerüchte der befremdendsten Art über das auffallende Verschwinden des jüngst von dem Auffenhof freigesprochenen Dr. Hermann Denime, dessen bereits verkündete Vermählung mit seiner jungen Braut Flora Trümpt noch einige formale Hindernisse von Seite der Heimatgemeinde der lebten entgegengestanden sein sollen. Inzwischen ist diese der Legende zu erkennen. Die Gerüchte aber, welche Luka Vulafovic mit Aufstand versuchen in den südländischen Ländern in Verbindung bringen, seien vollends unrichtig, indem Vulafovic jetzt zu viel mit Familienangelegenheiten (er verheiitet nämlich zwei Kinder) zu thun hat, um an Revolutionen zu denken.“

Im Oktober reproduzierten viele Blätter die Nachricht des „Odes. Wiest.“, daß der Hauptcommandirende der kaukasischen Armee, Großfürst Michael, den ausländischen Schiffen erlaubt hat, an allen Punkten der öffentlichen Bucht im Schwarzen Meer zu landen, wo Kosaken-Colonien errichtet oder Küstensiedlungen aufgestellt sind. Der „Russ. Inv.“ ist ermächtigt zu erklären, daß diese provisorische die Erleichterung der Überfahrt der kaukasischen Gebirgsbewohner nach der Türkei zum Zweck habende Verordnung sich nur auf diejenigen türkischen Schiffe und Fahrzeuge beziehen, welche zum überwähnten Zwecke an den Küsten des Kaukasus gelandet. Welche namentlichen Punkte aber der östlichen Bucht im Schwarzen Meer nach Errichtung der Sanitäts- und Zoll-Etablissements, dem auswärtigen Handel geöffnet werden, wird seinerzeit der getroffenen Ordnung gemäß veröffentlicht werden.

Spanien.

Der „Contemporaneo“ meint, daß die Nachricht, der Infant Don Henriquez wolle seine Stelle als General-Lieutenant niederelegen, unbegründet sei.

Großbritannien.

Carl Russell hat persönlich in diesen Tagen eine „Anekdote“ zum Commentar seiner bekannten Phrase: „Ruhet und seid dankbar!“ liefern müssen. Zu Alderley pfosten er am Hochzeitstage seines Sohnes einen spanischen Kastenbaum und war der Heiterste unter den Heiteren selbst beim läudlichen Ringtanze. Als er nun sogar mit einem Milchmädchen aus Cheshire einen langen Contretanz anführte und schließlich Beichen der Er müdung blicken ließ, floß ihm Lord T. auf die Schulter mit den historischen Worten: „Ruhet und seid dankbar“, was der gute Carl mit guter Miene acceptierte. So meldet der „Sheffield Telegraph.“

Es ist nun mehr zweifellos festgestellt, daß das Opfer des in den Marchen an der Themse, an der Ostseite Londons, begangenen Mordes ein Deutscher, Namens Theodor Christian Fuhrhop ist, der von Hamburg nach London gekommen. Als der That verdächtig ist ein gewisser Köhl eingezogen worden, welcher anfangs als Holländer bezeichnet wurde, jedoch ein Preuße von Geburt zu sein scheint. Sein Vater lebt jetzt in Hannover. Köhl kam nach England im Februar d. J., wie es heißt, auf flüchtigem Fuße, weil er der Zahlung einer ihm wegen Körverlezung auferlegten Geldbuße entgehen wollte. Bei dem Verhafteten sind mehrere Pfandscheine vorgefunden worden, welche auf Gegenstände, die Fuhrhop angehört, lauteten.

Schweden.

In Stockholm sind vor wenigen Tagen aus Malmö 68 Kisten mit 1200 Miniebüchsen eingetroffen, welche zu der Ladung des im Frühling vorigen Jahres mit Beschlag belegten, mit mehreren hundert polnischen Freischärtern besetzten englischen Dampfschiffes „Ward Jackson“ gehörten. Die Waffen, so wie andere vorgefundene Ausrüstungs-Gegenstände sollen hier öffentlich versteigert werden.

Italien.

Im Turiner Senat wurden am 21. d. die Finanzvorlagen eingebracht, wobei Sella die Anerkennung der Dringlichkeit beantragte. Diese ward vom Senat beschlossen. Im Abgeordnetenhaus begann die Discussion über die Sella'sche Vorlage wegen des Abzuges, der im Verhältnisse zu ihren Gehältern den Staatsbeamten gemacht werden soll.

Russland.

Aus Warschau, 21. d., wird der „G. E.“ geschrieben: Aus Anlaß eines Duells zwischen Offizieren eines Leibgarde-Cavallerie-Regiments hat das General-Auditoriat in St. Petersburg ein strenges Urteil gefällt. Oberst Stremuchow, welcher seinen Gegner Rittmeister Kolaczew im Zweikampfe schwer verwundete, wurde mit Verlust seines militärischen Ranges und der Bürgerrechte, dann aller Orden und Medaillen zu zwölfjähriger schwerer Bergwerkarbeit, der Rittmeister Baron Wolf und der Lieutenant Specynski, als Sekundanten, zu zehnjähriger schwerer Festungsarbeit, ebenfalls mit Verlust des militärischen Grades, der bürgerlichen Rechte und der Decorationen verurtheilt. Zugleich hat aber das General-Auditoriat in Nieder-einstimmung mit dem Antrage des Generalinspektors der Cavallerie, Großfürst Nicolaus, in Berücksichtigung, daß die Schulden unter dem Einstufse eines eingewurzelten Vorurtheils gehandelt, dieselben der allerhöchsten Gnade empfohlen und beantragt, daß die Strafe für Oberst Stremuchow in Degradierung zum gemeinen Soldaten ohne Verlust der Bürgerrechte, aber mit Belassung der Orden, die Strafe der Secundanten dagegen in dreimonatigen Festungsarrest umgewandelt werde. Auch wurde die Ertheilung einer strengen Rüge an Oberst Baron Pritwitz beantragt, weil er in der Lage war, den Conflict zu verhindern und es unterlassen hat. Das gemilderte Urtheil hat die kaiserliche Bestätigung erhalten.

Da in den von den „Nachrichten der St. Petersb. städtischen Polizei“ gegebenen Nachrichten über die in der Residenz begangenen Diebstähle und andere Verbrechen gewöhnlich die Namen der dieser Verbrechen verdächtigen und oft solcher Personen angegeben waren, deren Schuld nicht erwiesen wurde, verordnete das Ministerium des Innern, von nun an die Namen jener Personen nicht zu bezeichnen, auf welche bloß eine Vermuthung fällt.

Montenegro.

Dem „Wanderer“ wird aus Getinje geschrieben, daß die Montenegriner jetzt wenig Lust zu Kriegen haben, indem sie noch lange brauchen werden, um sich von den Folgen der letzten Kämpfe zu erholen. Die Gerüchte aber, welche Luka Vulafovic mit Aufstand versuchen in den südländischen Ländern in Verbindung bringen, seien vollends unrichtig, indem Vulafovic jetzt zu viel mit Familienangelegenheiten (er verheiratet nämlich zwei Kinder) zu thun hat, um an Revolutionen zu denken.

Im Oktober reproduzierten viele Blätter die Nachricht des „Odes. Wiest.“, daß der Hauptcommandirende der kaukasischen Armee, Großfürst Michael, den ausländischen Schiffen erlaubt hat, an allen Punkten der öffentlichen Bucht im Schwarzen Meer zu landen, wo Kosaken-Colonien errichtet oder Küstensiedlungen aufgestellt sind. Der „Russ. Inv.“ ist ermächtigt zu erklären, daß diese provisorische die Erleichterung der Überfahrt der kaukasischen Gebirgsbewohner nach der Türkei zum Zweck habende Verordnung sich nur auf diejenigen türkischen Schiffe und Fahrzeuge beziehen, welche zum überwähnten Zwecke an den Küsten des Kaukasus gelandet. Welche namentlichen Punkte aber der östlichen Bucht im Schwarzen Meer nach Errichtung der Sanitäts- und Zoll-Etablissements, dem auswärtigen Handel geöffnet werden, wird seinerzeit der getroffenen Ordnung gemäß veröffentlicht werden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 25. November. [VII. Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand der Bericht des zur Berathung über die formelle Berathung der Finanzvorlagen gewählten Ausschusses. — Bevor aber zur Tagesordnung gezögert wurde, ergriff der Staatsminister v. Schmerling das Wort, um die in der 3. Sitzung dieses Hauses von dem Abg. Schindler eingebrachte Interpellation über das Minister-Berantwortlichkeitsgesetz zu beantworten. Es ist nicht die Absicht der Regierung, sprach der Herr Staatsminister, in der jetzigen Session des Reichsrates einen Gesetzentwurf über die Berantwortlichkeit der Minister einzubringen. Der dafür geeignete Moment wird erst dann eintreten, wenn die Verfassung in allen Theilen der Monarchie faktisch in Anwendung gekommen. Der Herr Minister bezeichnet, daß das constitutionelle Leben aus Mangel eines solchen Gesetzes irgend einen Abbruch erleide;

bemerkt, daß in dem größeren Theile der konstitutionellen Staaten ähnliche Gesetze gleichfalls erst nach längerer Dauer der Constitution eingeführt worden und in vielen Staaten, namentlich in Belgien, kein eigentliches Berantwortlichkeitsgesetz existirt, und weiß endlich darauf hin, daß die Minister-Berantwortlichkeit bereits im Princip anerkannt worden sei.

Dr. Tischel erstattete hierauf den Bericht des Finanz-Ausschusses und stellte im Namen desselben folgende Anträge: Für das Budget des Jahres 1865 einen Ausschuß von 36 Mitgliedern aus dem ganzen Hause — für die Steuerreform gesetzlichen Ausschuß von 21 Mitgliedern (16 Mitglieder aus den in acht Gruppen gehaltenen Königreichen und Ländern und 5 Mitglieder aus dem ganzen Hause) — für den Rechnungsschluss des Hauses 1862 einen Ausschuß von 9 Mitgliedern aus dem Hause, zu wählen (ein Minoritätsvotum wünscht diesen Rechnungsschluss dem Finanzausschuß für das Budget 1865 zuzuweisen) — Vorgestern verstarb hier am Typhus Herr Titus Pogosowski (22 J. alt), der als Typograph zuerst vorher in der Buchdruckerei des Herrn Budweiser beschäftigt gewesen war. Er war der einzige Sohn des hiesigen pensionirten Gymnasial-Professors H. Stanislaus P., die 18jährige Schwester Vincentia war ihm längst im Tod vorangegangen. Den Schmerz der liegenden Eltern vermehrt, wie es heißt, die Ungewissheit über den Gesundheitszustand der noch übrig gebliebenen Tochter, welche im Königreich Polen weilend, seit längerer Zeit die Briefe unbestritten gelassen.

In einem neulichen von uns erwähnten Artikel des „Gaz“ wurde für die Stadtplaster, dem Porphy vor dem Granitstein der Vorzug gegeben. Den in dieser Beziehung angeführten Daten wird von competenter Seite widersprochen und uns ein die dortigen Behauptungen widerlegender Artikel in Aussicht gestellt.

Der Director des hiesigen botanischen Gartens Dr. Josef Warzewicz hat die Einladung zur Theilnahme an den im Frühjahr stattfindenden Ausstellungen von Gartenprodukten in Erfurt und Amsterdam erhalten, und zwar mit der ehrenden Aufforderung ersterer als Vice-präs des Comité ad hoc, der zweiten als Schiedsrichter beizutreten.

Vorgestern verstarb hier am Typhus Herr Titus Pogosowski (22 J. alt), der als Typograph zuerst vorher in der Buchdruckerei des Herrn Budweiser beschäftigt gewesen war. Er war der einzige Sohn des hiesigen pensionirten Gymnasial-Professors H. Stanislaus P., die 18jährige Schwester Vincentia war ihm längst im Tod vorangegangen. Den Schmerz der liegenden Eltern vermehrt, wie es heißt, die Ungewissheit über den Gesundheitszustand der noch übrig gebliebenen Tochter, welche im Königreich Polen weilend, seit längerer Zeit die Briefe unbestritten gelassen.

Es wird sodann zur Wahl des Finanzausschusses geschriften. Die Stimmzettel werden mit Namens-aufzur abgesammelt und die Sitzung behufs des Scrutiniums auf eine Stunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündete der Präsident das Resultat der Wahlen in den Finanzausschuss: Es wurden 180 Stimmzettel abgegeben. Gewählt sind: Gisela (179), Dobbelhoff (177), Brinz (176), Pratobevera (176), Herbst (174), Brest (174), Taschel (173), Van der Straß (172), Hopfen (172), Stene (172), Wurzbach (171), Winterstein (170), Grocholski (168), Stummer (167), Kuziemski (159), Ingram (152), Deutsch (152), Kirchmayer (148), Schindler (129), Kaiserfeld (110), Bachofen (104), Hagenauer (104), Groß (103), Stamm (102), Steffens (100), Alesani (99), Eiselberg (99), Baritiu (98), Szabel (96), Eugen Kinsky (95), Hartig (91), Wohlwend (91). Es sind somit nur 32 gewählt.

Die Wahl des noch nicht eingetroffenen Abg. Barthatu wird für ungültig erklärt, weshalb die Nachwahl von 5 Mitgliedern vorgenommen werden muß.

Bei der Nachwahl wurden 177 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität erhielten aber nur Alduleanu (90), Eichhoff (90), Brints (89), weshalb zur engeren Wahl zwischen den Abg. Simonowicz, Demel, Kuranda, Streit als denjenigen, welche die nächstmöglichen Stimmen erhalten haben, geschriften werden muß. Aus derselben gehen als gewählt hervor Simonowicz (70) und Streit (70). — Die übrigen Wahlen werden wegen der vorgerückten Stunde (3½ Uhr) auf morgen vertagt.

Copenhagen, 23. November. Faedrelandet veröffentlicht eine von 137 Reichsrathsmitgliedern unterschriebene Adresse an die dänische und dänischgesinnte Bevölkerung Schleswigs. Die Adresse fordert auf, durch Liebe zur gemeinschaftlichen Nationalität im Geiste ungetrennt zu verbleiben; empfiehlt den Dänischredenden, die gemeinschaftliche Muttersprache festzuhalten, und den nicht Dänischredenden, die Erinnerungen der Vorzeit, die Hoffnung auf die Zukunft zu bewahren. — Der König reist wahrscheinlich Montag nach Südtirol.

Turin, 23. November. Die Senats-Commission für die Verlegung der Hauptstadt ist dem Gesetzentwurf günstig gestimmt. — Die Deputirtenkammer hat den Gesetzesvortrag, betreffend den Abzug von den Bezügen der Beamten, votirt.

London, 24. Nov. „Morning Post“ meldet, der großbritannische Gesandte in Washington, Lord Lyons, habe aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung angeföhrt.

Madrid, 23. Nov. Die Zahl der Botanten in Madrid betrug 1953. Es wurden 6 Deputirte gewählt, von denen 5 ministeriell gesinnt sind.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bozek.

